



Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Polzeigebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1,20 M.

Nr. 27.

Berlin, 30. Juni 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: Z. 201: Der Anspruch auf Totalität in der Arbeit. / Z. 202: Der Aufbau des Bundes Deutscher Osten. — Der Bundesführer feiert die Bundesgruppe Ebnat. / Z. 203: Dankschuld und Bieder: Brennpunkte der Arbeit. / Z. 204: Das Reich des Meeres. / Z. 205: Nach dem Vortragsabend in Danzig. — Die Abrechnung der letzten Woche. / Z. 206: Die letzten Stunden. / Z. 207: Die deutsche Erde in der Gegenwart. — Woher kommen die Männer der Zukunft? / Z. 208: Immer wieder Welt Stolz. — Deutschenvorlesung in Polen. / Z. 209: Identischer Inhalt und Anzeigenschein-Bericht. — Vorreden — eine Stellung deutschen Kulturwille. / Z. 210: Bald wird der Osten. / Z. 211: Mitteilungen des BVO.

Der Anspruch auf Totalität in der Ostarbeit.

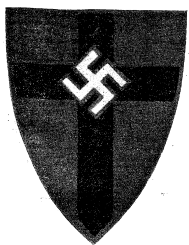
Die nationalsozialistische Bewegung hat seit ihrem Bestehen niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie — einmal an die Regierung gelangt — sich die unumschränkte Machtherrschaft im Staate verleihe. Sie hat sich in den 14 Jahren, in denen sie als aktivste Opposition gegen das Weimarer System gekämpft hat, niemals — weder von ihren Gegnern, noch von ihren zeitweiligen Verbündeten — etwas von diesem Anspruch auf Totalität abhandeln lassen. Wer den Geist des Nationalsozialismus richtig erfasst hatte, mußte, daß auch die Regierungsbildung vom 30. Januar etwas grundsätzlich anderes war, als eine der üblichen Kompromisskoalitionen der geistigen Epoche. Der alte Anspruch nicht nur auf Führung, sondern auf alleinige Herrschaft blieb unverändert bestehen. Vier Monate haben genügt, um mit der Kraft einer revolutionären Idee den alten Parteienstaat zu zerhacken und das Fundament eines neuen Staates zu schaffen, in dem nicht mehr Interessengruppen ihre Geschäfte betreiben, sondern in dem ein Wille führt und eine Bewegung alle Kräfte verbindet. Die alten Parteien sind verschwunden oder in der Selbstauflösung begriffen. Der Wirtschaftsorganismus, der in hundert und tausend einander bekämpfende Gruppen zerfallen war, wird im handlichen Aufbau zusammengefaßt. Der Individualismus, der das geistige Leben zerstört, ist dem Geiste der Volksgemeinschaft gewichen. Anspruch auf Totalität: das bedeutet nicht nur, daß der Wille besteht, die Gegner reslos niederzukämpfen; sondern das heißt auch, daß keine Berechtigung vorhanden ist, die, die dem gleichen Ziele zukommen und in selbständigen Verbänden und Organisationen bestehen zu lassen. Der Sinn der Gleichschaltung ist nicht, daß bisher getrennte Gruppen mechanisch nebeneinander gestellt werden, sondern daß sie auch innerlich von der Idee durchdrungen und in die organisierten Volksgemeinschaften dieser Idee eingegliedert werden. In diesem Sinne heißt es in dem Aufruf des Führers vom 27. Juni:

„Die Zukunft unseres Volkes hängt nicht davon ab, wie viele Verbände für diese Zukunft eintreten, sondern davon, ob es gelingt, das Volk der vielen einen einzigen Willen unterzuwerfen und damit in einer Bewegung schlagfähig zusammenzufassen. So wie die deutsche Reichsbewegung einst gewonnen war, trotz aller Verdräse der einzelnen Freikorps, diese zu befehligen, so war die nationalsozialistische Bewegung einst gewonnen, ohne Rücksicht auf Verdräse der Reichsbewegung die zahllosen Bünde, Vereine und Verbände zu befehligen, so dem deutschen Volk endlich eine einzige einheitliche Organisation seines politischen Willens aufzubauen ... So mußten wir in den letzten Jahren zahlreiche Verbände einfach aus diesen Zwängen heraus zu zerlegen. Und so werden wir auch das Künftige jedes neuen Verbandes, der wieder nur die alte Zersplitterung fortsetzen würde, verhindern.“

Was hier von der Gesamtpolitik und ihren Gruppen gesagt wird, das gilt auch für die Ostarbeit und ihre Verbände, und für diese um so mehr, als das Schwerk Gewicht der deutschen Gesamtpolitik künftig auf die Ostarbeit gelegt werden wird. Auch deren Zukunft hängt nicht von der Bilanz der Verbände ab, die ihre Träger sind oder, sich als ihre Träger bezeichnen, sondern von der Stärke des in einer geschlossenen Organisation zusammengehaltenen politischen Willens. Und es muß festgestellt werden, daß gerade die Menschen an der Grenze des Sinn und die Notwendigkeit der neuen deutschen Bewegung, die sich im Bund Deutscher Osten organisiert hat, richtig begreifen. Bezeugend hierfür ist ein Artikel der „Ostpreussischen Zeitung“ (vom 23. Juni), der ausläßt des Königsberger Besuches des stellv. Bundesführers Dr. Schiele erschien:

„Seit dem 30. Januar sind wir in diesem primitiver und einfacher geworden. Und wenn manche darüber saufen — und wenn sich dabei manches harte, tragische Einzelfall ereignen —, so müssen wir doch festhalten: Wir sind unzweifelhaft reicher und demagogischer geworden. Das gilt vor allem für uns, für den deutschen Osten. Wir haben plötzlich den alles umfassenden Begriff „Ostarbeit“ erhalten, und eine Stelle, die sich nicht um Zuständigkeiten und „Gebietsrechte“ Gedanken zu kümmern braucht — die die Arbeit für den Osten mit dem gleichen Anspruch auf Totalität zusammenfaßt, wie die der Nationalsozialismus im Verlaufe dieser Revolutionsbewegung von sich aus für den Gesamtstaat geltend gemacht hat. Alle lebendigen Ströme der reifen deutschen Volkstum, werden sorgsam zusammengeleitet und in diesem Sammelbecken zu außerordentlich wirklicher aufgeführt. Der „Bund Deutscher Osten“ wird künftig die einzige, von der Regierung anerkannte Organisation sein, die gemeinschaftlich als Zentralfstelle für die Volkstumsarbeit im Osten alle einschlägigen Aufgaben verrichtet.“

„Wir wissen“, heißt es weiter in der „Ostpr. Ztg.“, „welche Zersplitterung durch die deutsche Vereinsmehrmehr auf allen Gebieten des völkischen und kulturellen Lebens geherrscht hat und wie sehr dadurch politische Erfolge behindert wurden. Wir hatten bisher unzählige Verbände, Gruppen und Vereine, die sowohl hier im Osten wie im Reich die Volkstumsarbeit für die deutsche Ostmark betreuten — oft aber zu Leerlauf kamen und damit das Gegenteil des Zweckes erreichten. Sie waren“, so bemerkt die „Ostpr. Zeitung“, „schief und gegenstandslos dem Weimarer System angepasst und voll von Persönlichkeiten gereizt, die durchaus nicht immer den nationalpolitischen Erfordernissen gerecht wurden oder aber: auch die Probleme, um die es ging, in ihrer ganzen Weite und Bedeutung nicht erfassen konnten. Damit wird nun ein Ende gemacht.“



Das Wappen des Bundes Deutscher Osten.

Der Aufbau des Bundes Deutscher Osten.

Über Arbeit und Aufbau des Bundes Deutscher Osten sprach am 22. Juni der stellvertretende Bundesführer Dr. Schiele in Königsberg vor der ostpreussischen Presse; er führte u. a. folgendes aus:

Als erstes und zunächst vielleicht wichtigstes wurde das „Amt für Osterkennung“ gegründet, dem die bedeutungsvolle Aufgabe obliegt, das Interesse für den deutschen Osten im „Reich“ und „Innenland“ zu wecken und zu pflegen und im deutschen Volke von der historischen Mission des deutschen Ostens zu künden. Der deutsche Osten soll ja nicht nur Vorposten in der künftigen Zeit sein; er hat von jeher die hohe Aufgabe gehabt, ganz Ostpreußen mit deutschen Geist und deutscher Kraft zu erfüllen und Träger der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und den Ostländern zu sein. Diesem Amt eingegliedert ist das „Presseamt“, das für eine ständige Berichterstattung über den Osten sorgen — gleichzeitig aber auch die Presse der Ostländer verfolgen soll. Dazu tritt die Rundfunkstelle, die ständige „Stunden für den Osten“ einrichtet wird. Weiterhin wird durch dieses Amt auch in diesem Jahre eine große Ausstellung in Berlin eröffnet werden, die den gesamten deutschen Osten von Memel bis Kattowitz umfassen, und im Gegenlicht zur letzten Ostpreußen-Ausstellung, auch die kulturellen Werte des Ostens aufzeigen soll. Dabei wird gerade die historische Seite des Ostens aufgezeigt. Bei der Ausstellung wird eine besonders verdienstvolle Sache — für die Wästen im deutschen Osten gewonnen werden. Die gesamte Arbeit des Vereines wird im engsten Zusammenhang mit dem Propaganda-Institut in Berlin stehen.

Als zweites Amt wird das „Amt für schulpflichtige Schulung“ an Schulen, Hochschulen und in den Verbänden Ostfragen behandeln, wobei die Kultusministerien von Preußen und Bayern ihre aktive Unterstützung zugesagt haben. Es sollen zunächst Kurse und Lehrgänge eingerichtet werden, um zunächst die Lehrerschaft und dann die Schüler mit den deutschen Ostmarken vertraut zu machen. Auch hier ist Arbeit schon in vollem Gange. An den Universitäten werden „Kurse des deutschen Ostens“ eingerichtet. Eine Ergänzung der bisherigen Schutzbücher nach der historischen und geographischen Seite hin ist vorbereitet.

Zusammen mit diesem Amt soll das „Amt für Grenzlandarbeit“ den Versuch der Ostgrenzländer organisieren, die unbekannten Gegenden des Ostens erschließen und

gleichzeitig verbinden, daß einzelne Gebiete überlaufen werden, andere dagegen völlig vereinnahmen. Maßgebend dafür soll nicht allein die Schönheit der Landschaft, sondern in erster Linie eine schulpflichtige Bedeutung im Leben der Ostländer sein. Die Bedeutung der Menschen im deutschen Osten etwas höher, und ihre Ausbeutung an Spielplätzen, Erholungs- und ähnliches gebietet. Gleichzeitig sollen aber auch geeignete Vorträge über die Bedeutung der Ostfragen für das ganze deutsche Volk wie für ganz Europa stattfinden. Dem genannten Amt untersteht auch die Arbeit für Rindergärten und Volkshochschulen, die zu kulturellen Stützpunkten in den Grenzgebieten ausgebaut werden sollen. Dazu treten die „Kreise der Ostländer“, die in den neuen Ostländern gegründet und neu aufgebaut werden sollen; in Ostpreußen nur allein in Allenstein, Marienwerder und Elstert.

An die Stelle der bisherigen Heimatreiseverbände, wie „Deutscher Ostbund“, „Ostmarkenverein“ und die verschiedenen Organisationen der Heimatreisen wird das „Amt für Heimat- und Volkstumspflege“ treten. Dieses Amt soll vor allem das kulturelle Leben im deutschen Osten erschaffen und den Binnendeutschen vermitteln. Seine Hauptaufgabe wird die Pflege der bodenständigen Heimatkultur dienen.

Weiter soll das Amt für Wirtschaft und Verkehr u. a. den Versuch des Ostens organisieren und dabei besonders berücksichtigen, daß die Besucher beispielsweise der schließlichen und Ostpreussischen, haben auch etwas von den Schicksalsfragen des deutschen Ostens erfahren. Derzeit wird bereits in dieser Richtung eingeleitet. Bisher ein „Tag des deutschen Ostens“ im Rahmen des Kulturprogramms veranstaltet werden. Bisher ist in bezug auf die Verkehrserweiterung für Ostdeutschland auch gerade von den Reisebüros im Verhältnis zum Ausland noch viel zu wenig getan worden. Jetzt soll es jedem Deutschen zum Grundfaß gemacht werden, daß er einmal den deutschen Osten besuchen muß.

Eine dritte Aufgabe fällt auch dem „Amt für Wissenschaft und Forschung“ zu. Es wird auf die zuständigen Behördenstellen einwirken, daß in Zukunft nicht mehr außerdeutsche Forschungsobjekte, sondern nur solche finanziert werden, die ausschließlich dem deutschen Volk zugute kommen. Wir können es uns in der heutigen Zeit nicht leisten, Ausgrabungen im Orient oder ähnliches zu finanzieren. Was wir an Mitteln verfügbar haben, muß insbesondere der ostpreussischen Arbeit zugute kommen.

Der Bundesführer setzt die Landesgruppe Ostmark ein.

Die Landesgruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten empfing am 24. Juni im Plenarsitzungslokal des Regierungsgebäudes in Frankfurt a. d. O. ihre Weisung. In einer eindrucksvollen Feierstunde führte der Hauptabteilungsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, der Führer des BDO, Dr. Franz Lüdtke, dem Bundesführer Riebel und die Abteilungsleiter in ihre Arbeit ein. Im Saale hatten Angehörige der SA und SS. Aufstellung gemacht. Der Leiter wohnte Reichskommissar Dr. Martin Albrecht, Standartenführer Hauptmann Seefelt, Oberbürgermeister Dr. Rinne und viele andere Behördenvertreter, Führer der NSDAP und Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst bei. Der Vizepräsident der Frankfurter Regierung, Dr. Unger, begrüßte die Gäste. Der feierliche Akt im Regierungsgebäude sei ein Zeichen dafür, daß die Ostmark insofern ein Regierung und Bundes Deutscher Osten, als die Ostmark oberster Schirmherr, Oberpräsident Wilhelm Rube sei und dessen Bestrebungen Adolf Hitler in vollem Umfange unterstütze.

Bundesführer Dr. R. Riebel gelobte, in Treue zu Adolf Hitler sein Amt zu verwirklichen. Er bat alle, Behörden und Volksgenossen, die im allerengsten Zusammenhang mit der NSDAP stehende Ostlandarbeit der Landesgruppe zu führen und zu fördern. Es bestesse keine Möglichkeit, daß Vereine weiterbestehen, die sich dem BDO nicht unterstellten.

Die Hauptreihe heißt Bundesführer Dr. Franz Lüdtke: Zwei vordringliche Aufgaben habe das Dritte Reich zu lösen: eine innere und eine äußere Aufgabe. Die innere Aufgabe bestehe in der Durchführung eines wahrhaftigen deutschen Sozialismus. Dieser Sozialismus aber sei ein anderer als der volksfremde Internationalismus des Reichs. Der Sozialismus des Dritten Reiches knüpfe an den alten arischen Sozialismus an, der sich seit der Zeit Tausenden von Jahren unter Volk und andere Rasse durchsetzte. Dem Zeitalter des „Ich“ setzen wir das Zeitalter des „Wir“ entgegen, in dem sich gleichwertige Menschen nur nach ihrer Leistung unterscheiden. Die zweite Aufgabe des Dritten Reiches, die Aufgabe nach außen, liege im deutschen Osten. Der Osten war Deutschlands Schicksalsland seit Tausenden von Jahren. An diesem Lande der umgebenen, großen Weiten ist das Schicksal der Ostländer geprägt worden, das herabgefallen sollte. Dieser Osten aber soll für uns ein Ehrenname sein. Hier siedelten die Vargunder und Bandalen, hier liegt der Kern des ersten Deutschen Reiches, das nicht baltisch werden und entfallen können ohne den deutschen Osten. Der Liberalismus führte nach einem Jahrtausend dieses erste Deutsche Reich. Ein zweites Reich erhob sich dann aus den Trümmern. Und wieder war es der deutsche Osten, der dem Reiche das Gesicht gab: der Ost-Elbier

Wismar gründete es, preußische Sätze trug es. Aber auch das zweite Reich wurde vom Liberalismus zernagt und zerfallen und brach in sich zusammen. Und wieder kam die Ägierung neuer nationalen Aufbaumollens aus dem Osten. Hier in dieser Stadt Frankfurt entstand der Grenzschutz Ost, von hier aus ging ein neuer Strom des ersten deutschen Reiches ins Innere hinaus. Männer wie Bundesführer Riebel und Hauptmann Seefelt sind es, denen wir heute unsere dankende Anerkennung, welche einmündete in die große Treuebewegung Adolf Hitlers. Der Bund Deutscher Osten ist nicht ein neuer Bund neuen Herren und Völkern. Er ist mehr, er umfasst Größeres. Wir wissen, daß eine große Aufgabe dem nächsten Jahrtausend der deutschen Geschichte, dessen Schwelle wir schon überschritten haben, gestellt ist: die Ausgestaltung des großen Ostreiches, der das ganze Deutschland zu tragen hat. Das ist es notwendig, daß die ganze deutsche Bevölkerung mit modernster Geschlossenheit hinter den Ostbanken steht. Diese auf dem Ostraum gerichtete Geschlossenheit herstellen zu helfen, ist die Aufgabe unseres Bundes. Wir wollen die Menschen im Ostreich halten, damit hier die Großtaten deutscher Geschichte geschehen können, wie sie sich hier seit Jahrhunderten vollzogen. Wir wollen das, was vor 1000 Jahren Heinrich I. antwortete: „Wir wollen das Ansehen des deutschen Volkes vom Westlichen Weg nach Osten, weil wir wissen, weil wir wissen, daß das deutsche Volk das Schicksal des deutschen Volkes erfüllen wird.“

Dr. Lüdtke dankte Johann den Männern, die sich bereit gefunden haben, im Gau des Oberpräsidenten Rube diese Arbeit zu leisten. Er gedachte der Verdienste des Bundesführers Riebel und verpflichtete ihn durch Handhabe für sein Amt. Das von der Verammlung aufgenommene „Siege Heil“ auf Adolf Hitler ging in den Gesang des Herr-Weisse-Weides über.

Der Bundesführer übernahm Dr. Lüdtke die Amtsalter der Landesgruppe Ostmark im Stadtverordneten-Sitzungslokal des Rathauses und gab ihnen eine Reihe wertvoller organisatorischer Anweisungen. Der Bund Deutscher Osten nahm darauf an der großen Grenzmarkenkundgebung des Vereins Deutscher Studenten teil, die auf dem Marktplatz in Frankfurt a. d. O. unter Beteiligung der Ostländer stattfand. Auf der Kundgebung sprach der Minister Hennrich dem Gauleiter, Groß-Verlin des BDOSt., und Oberbürgermeister Dr. Rinne Oberpräsident Wilhelm Rube, der Schirmherr des BDO und des BDOSt. Eine schließliche kirchliche Feier schloß sich an die Kundgebung an. An der großen Festhalle des Rathauses, mo nochmals Oberpräsident Rube und u. a. Bundesführer Dr. R. Riebel über die Ostmarken des deutschen Ostlandes sprachen, fand die Tagung ihren Abschluß.

Nach dem Regierungswechsel in Danzig.

Die innerpolitische Grundlage der national-sozialistischen Regierung lag durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Volkstogeegeben. Dieses „Werkzeug zur Behebung der Not von Volk und Staat“ lief mit 90 gegen 19 Stimmen bei drei Stimmenthaltungsn im Volkstag angenommen worden. Das Zentrum hat dem Gesetz, „wenn auch in ihrem Innern“, seine Zustimmung gegeben. Für die Nationalsozialisten war es ein Erfolg, daß sie sich auf die Zustimmung zum Gesetz berufen konnten. Sie wollten bekunden wollen. Genosse Brill von der SPD, beklagte sich über die „verlorene Freiheit“. Die Polen hatten erkannt und wollen sich „abermacht verhalten“. Die Rede des Kommunisten ging in allgemeiner Seiterkeit unter. Durch das Gesetz wird der Senat für die Dauer von vier Jahren, bis zum 30. Juni 1937, ernannt. Der Senat besteht aus 60 Mitgliedern. Der Reichspräsident, der Volksführer, ist der Vorsitzende. Der Senat hat die Befugnis, Gesetze zu erlassen zum Zwecke 1. der Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der öffentlich-rechtlichen Verbände, 2. der Behebung finanzieller, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder politischer Notstände, 3. der Erzielung von Erfparnissen, 4. der Anpassung an die rechtliche Regelung in den Nachbarstaaten, 5. der Aufrechterhaltung und des Ausbaus der Wirtschaft, 6. der Durchführung der Maßnahmen zur Vereinachung und Sortenentwicklung der Vermaltung und Rechtsprechung, 7. der Behebung der Arbeitslosigkeit. Die Maßnahmen, um deren Durchführung der Senat berechtigt ist, find im Gesetz im einzelnen aufgeführt. Bemerkenswert ist die Erklärung des Senatspräsidenten Dr. Raushning, daß die NSDAP, obwohl auch der Reichstagsoberster der Partei, nicht in die Weirichtungs- und Sperrungen im inneren politischen allseitigen Bestimmung über die deutsche Politik übernimmt.

[illegible]

einen Konkurrenten, wie er heute in Sibirien befehligt, aber das damals noch niemand bedachte. Im Verfallere muß davon die Rede, daß Danzig mit Polen durch Gollunien verbunden sein soll; aber eine Durchlochung der Danziger Güterzeugung durch die Sperrung der Einfuhr nach Polen, was sie heute befehlt, das damals niemand im Auge faßt. "Polen Danzigpolitik der letzten 15 Jahre war eine fortgesetzte Aufhebung gegen die Welt, die die Welt nicht mehr befehlen konnte, sondern die Welt, die in der Verfallere Diktator immer noch im eingeräumten befehlenden Verbot das Danzig gekämpft. In diesem Kampfe hat sich die Regierung Sibirien verbraucht. Es fragt sich, ob heute eine Wiederherstellung des ursprünglichen Verfallere Zustandes überhaupt noch möglich erscheint. Eine solche Wiederherstellung würde bedeuten, daß Polen jene Sibirienpolitik aufgeben und seine Außenpolitik neu rechnen. Die Folgezeit, die sich daraus für Danzig hinsichtlich seiner Einstellung zum Verfallere Diktator erheben muß, liegt auf der Hand.

Die Danziger NSDAP-Führer haben wiederholt die Notwendigkeit eines friedlichen Verhältnisses zwischen Danzig und Polen betont; sie sich haben niemals einen Zweifel daran geäußert, daß der Friede in erster Linie von Polen, als dem stärkeren der beiden Partner, abhängt, und daß ein Friede, der von Danzig eine Preisgabe lebenswichtiger Wirtschaftsinteressen oder nationaler Belange erfordert, für sie nicht in Frage kommt. Die NSDAP-Führer haben weiter erklärt, daß es natürlich voraus, daß auch Polen sich zu den Bedingungen der Verträge hält. In diesem Sinne führte Staatspräsident Dr. Rauschning in seiner Regierungserklärung am 23. Juni u. a. aus:

Der neue Senat bekenne sich zu einer Politik des Friedens und der Vertragstreue, der Ächtung der Geseze und Verträge sowie der unbedingten Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger und der vom Völkertum gebotenen Verfassung. Der Senat sei in Konjungen dieses Grundhaltes stehend, in dem Verhältnisse Danzigs zu Polen durch die Verhältnisse und Umstände, die sich aus demselben ergeben, zu verurtheilen. Alle Beibringlichkeit Danzigs finde aber ihre Begrenzung in den unveräußerbaren Rechten der freien Stadt Danzig auf ihren eigenen nationalen Charakter, ihre staatliche Selbstständigkeit, ihre politische, wirtschaftliche, kulturelle Selbstständigkeit. Niemals werde das Danziger Volk aufhören, sich als Stütz des deutschen Volkes zu fühlen.

Der neue Danziger Senat ist also zu einer Generalbereinigung der Danzig-polnischen Streiffrälle bereit. Wenn Polen eine Rückkehr zu den Grundlagen ablehnt, die in Versailles für das gegenseitige Verhältnis gelegt wurden, dann bleibt Danzig nichts anderes übrig, als zu verurtheilen, sich von Versailles zu befreien und eine Koalition seiner handelspolitischen und völkerrechtlichen Stellung von Grund auf zu fordern. Der Senatspräsident Dr. Kaufmann und der Vizepräsident des Senats Arthur Greiser werden sich am 3. Juni zur Aufnahme direkter Verhandlungen mit Polen nach Warschau begeben.

6500 Kriegsflugzeuge vor unseren Grenzen!

Der Slagezugriff aus Berlin, bei dem fremde, entgegen den internationalen Bestimmungen nicht kenntlich gemachte Slagezugblätter abwerfen, in denen die Reichsregierung aufs schroffste beschnipft wurde, ist der schlagendste Beweis dafür, wie unehrlich Deutschland feindlichen Luftangriffen ausgesetzt ist. Frankreich verliert über 3000 aktive Dienstflieger. Es ist kein Wunder, daß es die Hälfte der Welt. Der überwiegende Teil der Siegerverbände, darunter sämtliche vier Bombengruppen, sind an der deutschen Grenze stationiert. Außer den 3000 Dienstfliegern verfügt Frankreich noch über eine Reserve von 1500 Maschinen, so daß in Frankreich 4500 Slageflugzeuge stationiert sind. Slageflugzeuge sind die gefährlichsten Maschinen. Wenn diese über Berlin mit einer Eskorte von 4800 Kriegsliegern anrücken, ist die Stadt in Gefahr.

Am Oken liesen ständische und politische Stützereverbände einstre-
bereit. Beide Staaten verfügen über sechs Stützereverbände, von
denen der größte Kette nieder in der deutschen Grenze liegt.
Die ständische Regierung in Warschau hat 1868, die
politische Regierung in Berlin, Polen und Krakau. Polen
kann im Kriegsfall 1000, die Ständische Regierung
700 Stützereverbände sofort einsetzen. Der Ring der
Stützereverbände, der uns umschließt, hat also 1800 Stützereverbände im Westen
und 1000 im Osten. Die Stützereverbände sind in der Lage, sich
zu gleicher Zeit über das meiste Deutschland hereinbringen könnten.
Nach durchschlagenden Berechnungen könnte die französische Luftarmee
nach dem ersten Angriff auf Deutschland 490 000 Kilogramm Bomben
abwerfen. Bedenkt man weiter, daß heute ein Bomben-Stützereverbände
1000 Bomben abwerfen kann, so ergibt sich, daß die französische Luft-
armee 490 000 Bomben abwerfen kann. Ein Stützereverbände kann

Man kann ziemlich genau berechnen, in welcher Zeit jeder Teil unseres Reiches für feindliche Flugzeuge erreichbar ist. Nimmt man als Durchschnittsgeschwindigkeit moderner Tag- und Nachtbombenflugzeuge 200 Stundenkilometer an, so ergibt sich z. B., daß Bombenangriffe ausgeführt werden können von Prag aus in

93 Minuten gegen München, in 60 Minuten gegen Weipzig, in 85 Minuten gegen Berlin; von Polen aus in 74 Minuten gegen Berlin, in 150 Minuten gegen Kiel, in 75 Minuten gegen Seinemünde, in 45 Minuten gegen Breslau. Königsberg in Preußen ist zu erreichen von Stauden aus in 49, von Thorn aus in 67, von Warchau aus in 85, von Ostrolenka aus in 60, von Bialystok aus in 75 und von Grodno aus in 77 Minuten. Daß dieses Bild noch sehr viel ungünstiger für Deutschland ausfällt, wenn feindliche Flugzeugträger in der Nord- und Ostsee liegen, bedarf keines besonderen Hinweises!

Was kann Deutschland dagegen tun? Deutschland besitzt an einigen vorgeliebten Stellen, wie in Königsberg und einigen Küstenbefestigungen im ganzen 81 ortsfeste Flugabwehrkanonen und nicht eine einzige bewegliche Flugabwehrkanone. Demgegenüber haben neben unbeweglichen Stellungslaks, deren Zahl die deutsche Flakzahl um das Vielfache übersteigt, allein an beweglichen Flugabwehrkanonen: insgesamt Frankreich 750, davon im Flakdienst 150 und rund 600 in Reserve; Polen 450, davon im Flakdienst 116 und rund 350 in Reserve; Schweden 350, davon im Flakdienst 72 und rund 280 in Reserve.

Es ist Zeit, daß wir uns eine Luftabwehr schaffen, denn wer will es verantworten, daß unsere Städte, Dörfer und Gehöfte der Vernichtung durch feindliche Flugangriffe schutzlos ausgeliefert sind? Fußschutzhut tut not! Es ist höchste Gefahr! Wir wollen uns wehren! Sort mit den Fesseln von Versailles!

Am 24. Juni wurde im Kreise Milifisch ein polnisches Zieglagerungs geschicht. Es flog in 20 bis 40 Meter Höhe von Treibschiffen der Eisenbahn entlang bis Radebeim. Es nahm dort Kurs nach Westen und flog bei Jendenfurth wieder über die polnisch-grenzende nach Polen. Auch diese polnische Grenzverletzung zeigt wieder mit aller Deutlichkeit, wie unhaltbar Deutschlands Lage ist und wie dringend die Forderung nach einer Möglichkeit ist, die wenigstens dem Schutz der Grenzen gewährleistet.

Die baltischen Staaten.

Lettland.

Die politische Lage in Lettland wird immer undurchsichtiger. Dieses, dank dem Zusammenbruch der deutschen Heeresmacht am 1. Juni 1918 entstandene und durch das aktive Eingreifen freiwilliger deutschbaltischer und reichsbürgerlicher Organisationen dem freien Untertan durch den Bolschewismus auferlegte Staat ist seitdem in einem Verlehen von dem geheißen, was deutsch, Kultur in Laufe der Jahrzehnte aufgebaut und was späterhin die Entente ihm großzügig als Brocken zugeordnet hat. Das ist nun bald zu Ende, und es entsteht für Lettland die Frage: Wie weiter? Die Meinungen der Letten selbst gehen da meist auseinander. Wohl die Mehrheit von ihnen ist kraft antibolschewistischer Einstellung und feucht mit Schweiß aus dem Schweiß der Kämpfe, aus dem sie den Letten haben als Soldaten der berühmten lettischen Schützenregiment und als Funktionäre der OPL dem Bolschewismus gegenüber. Der fränkophile Teil, der auch nicht der kleinste ist, will selbständig bleiben. Auf sie spekuliert der südliche Nachbar, Polen, wenn er Lettland mangelnde verlockende Angebote macht. Soß als lettischen Parteien sind sich darin einig, daß der Deutsche ein „Schädling ihres Staatskörpers“ sei, und daß weiterhin der Nationalsozialismus Deutschlands für die Kultur Westeuropas (d. h. auch die lettische) gefährlicher sei als der Bolschewismus der Sowjets.

Nur wenige einseitige Letten suchen, mehr oder weniger direkt, Anknüpfung nach dem deutschen Mitteleuropa. Sie haben einzeln gelernt, daß Lettlands mächtiger Freund und Gönner Frankreich, dem sie sein Verlehen zu verdanken glauben, gar nicht daran denkt, ihnen auf die Dauer bisheriger Seite zu leben; sie haben erfahren, daß die französische Hilfe im wesentlichen nur im Verlehen der Kriegsschiffe besteht, in der Veranstaltung von Aufschubentscheidungen, üppigen Fremdenbesuchen und -betreibungen, die niemanden politisch verpflichten, — von einigen kaum noch gebrauchsfähigen U-Booten, zerstörten Tanks und ebenso beschiedenen, wie teuren Anleihen abgesehen.

Das Hauptkontingent der lettischen Ausfuhr nimmt Deutschland auf, und zwar in erster Linie Holz, Butter und Bacon. Die Wälder sind heute allerdings ausgebaut, die Holzpreise zudem unter den Weltmarktpreisen. Dieser also nur die Butter übrig. Zwar hat der Krieg sich ausgedehnt, der Butterkrieg mit Deutschland ein solches Ende gefunden; aber die lettischen Juden behaupten ungestört weiter. Und die lettischen Sozialdemokraten, „Deutschentöler“ höchsten Grades, unterstützen von einigen reichsbürgerlichen Landesverrätern, schließen sich ihnen in dieser Sache an. Diese Reichsbürger auf der ganzen Linie, der Boykott deutscher Waren und betriebl. Betrieb, der Auswanderung von abgesehenen Juden und ausgereizten Judenbären, an die kein anständiger lettischer Bauer mehr glaubt, werden immer noch weitergeführt. Im Herbst läuft der Buttervertrag ab — was dann? Der Verdrängende wird stets der lettische Bauer bleiben, der Deutschland, weil er als Käufer seiner Waren draußt, noch am freundschaftlichen gesonnen ist.

Bemerkenswert ist weiter, daß in deutschbaltischen Lager das liberalistische System, das auch dort, wie im Reich, vor dem 10. Januar, unumstößlich geblieben hat, in Wanken begriffen ist, und daß die Führung der deutschbaltischen Volksgruppen in Lettland, an der Spitze der selbstkannä Dيمقрат und Minderheitenpolitiker im Sinne von Versailles und Genf, Dr. Schimann, keine Gefolgshafte mehr hat. Diese Männer, die von jeder dem Rationalismus verlässlichen gegenüberstanden und ihn zum Teil heute noch bekämpfen, werden jetzt wegen der Ausrichtungen ihrer Gefolgshafte auch von ihrer eigenen Gefolgshafte abgelehnt. Das Deutschtum im Baltikum, insbesondere die deutsche Jugend, ist im Begriff, das Übermaß Adolf Hitlers zu übernehmen, von dem es eine Befreiung seiner auf die Dauer sonst nicht haltbaren Lage erhofft. Die baltischen Deutschen leben vor neuen geschäftlichen Ereignissen und Aufgaben, die von ungeheurer Tragweite für sie selbst, wie für Deutschland sein werden. H. L.-L.

Estland.

Estland ist eine von den vielen freien Republiken, die nach dem Weltkrieg in die Welt auf dem neuen Sommerregen emporgehoben sind. Die so manche andere von diesen Republiken, so ist auch Estland durch die Welt der deutschen Welt in ihren Leben getreten, daß ebenso, wie seine Nachbarstaaten als Nachfolger des großen lettischen Reiches an den ihm in den Schicksalen des Letten Raubbau getrieben und steht aus, da dieser Lett aufgegeben ist, wirtschaftlich und politisch wesentlich schlimmer da als die alten Vorkriegsstaaten. Dabei ist Estland der kleinste dieser russischen Nachfolgestaaten: seine Bodenfläche beträgt rund 35.000 Quadratkilometer, mit einer Bevölkerung von 1.000.000, also etwa 1/4 der Bevölkerung von Groß-Berlin. Das Land wird zum überwiegenden Teil von Esten, einem dem Sinne nach verwandten Volksstamm bewohnt; doch zählen zu seiner Kernbevölkerung auch ungefähr 200.000 Deutsche, deren Vorfahren vor 100 Jahren ins Land gekommen sind, die dann bis zum Weltkrieg das Land beherrschte und ihm einen vollkommen deutschen Charakter aufgedrückt haben.

Estland ist ein ausgesprochenes Agrarland mit vielen und ausgedehnten Wäldern. Der ehemals in deutschen Händen befindliche Großgrundbesitz ist durch eine 1919 begonnene Agrarreform verfallen und in kleine Stüben aufgeteilt worden, die nur an etliche hundert Kriegsteilnehmer und sonstige etliche Landbesitzer verteilt worden sind. Die Industrie, die vornehmlich in der Haupt- und Hafenstadt Reval und in der etlichen Grenzstadt Narva (beides übrigens ehemalige Hauptstädte) zum Ausdruck ist, hatte vor dem Weltkrieg das ganze große Ausland als Absatzgebiet und ist naturgemäß heute nur zu einem geringen Teil ihrer Erzeugungsfähigkeit beseitigt, weil überwiegend der inländische Bedarf gedeckt werden konnte, um Estland in wirtschaftlicher Hinsicht wiederum den Anschluß an einen größeren Raum finden konnte. Es handelt sich in der Hauptstadt um Extensivindustrie, Zellulosewerke und eine erst nach dem Kriege zur Blüte gelangte Brennholzwirtschaft. Das aus Brennholz erzeugte etliche Benzin ist so hochwertig, daß es als Betriebsstoff für Flugzeuge verwendet werden kann.

Die Wirtschaftslage hat Handel und Wandel schwer getroffen. Aus- und Einfuhr sind auf ein Bruchteil ihres früheren Umfangs zum Ausdruck geschrumpft, zumal die Hauptausfuhrartikel und zwar Butter, Eier, Schweinefleisch, Fleisch, Spiritus und Holz von den Einfuhrländern nur noch zum geringen Teil aufgenommen werden, und die Einfuhr nur Estland erlaubend, große Profite zu erzielen. Die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Innern des Landes ist demgemäß katastrophal, so erhält der Bauer auf dem flachen Land für ein Liter Milch 2–3 Cent, d. h. 2–3 Pfennige. Viele Bauernwirtschaften stehen demgemäß vor dem völligen Zusammenbruch.

Die politische Verfassung des Landes ist eine liberalistisch-demokratische, wobei das parlamentarische System, dem seit der Spitze getrieben ist, daß die verfassungsmäßig völlig mächtige Regierung nichts anderes darstellt, als ein Vollzugsorgan der allmächtigen Parlamentsmehrheit. Die politischen Parteien, selbstverständlich nichts als reine Interessengruppen, sind somit die eigentlichen Herren des Landes. Ein Staatspräsident ist nicht vorhanden, der Ministerpräsident führt den Titel eines „Staatspräsidenten“ und hat, außer seinen ministeriellen Amtsbereich, auch einen repräsentativen Charakter als Vertreter des Staates nach außen. Eine solche Verfassung hat selbstverständlich alle die politischen Verfassungen, die man in allen liberalistisch-demokratisch regierten Ländern zur Genüge kennt. Das etliche Volk hat jedoch einen gefunden politischen Instinkt und einen klaren, nüchternen Sinn und wird sich auf die Dauer mit derartigen Verhältnissen nicht abfinden lassen, bereits eine händig wachsende und erhellende Bewegung, die im „Bunde der Freiheitskämpfer“ ihre vornehmliche Verkörperung gefunden hat. Die heutigen Machthaber haben aus dem Bewußtsein heraus, Vertreter eines abgewirtschafteten Systems zu sein, den Versuch einer Verfassungsreform im Sinne einer strengen Zusammenfassung der Staatsgewalt durch Einführung des Staatspräsidentenamtes und einer gewissen, wenn auch unvollständigen Konzentration der Macht gemacht. Dieses Reformprojekt wurde am 14. Juni d. J. durch Volksentscheid mit einer 1/3-Mehrheit abgelehnt abgegebenen Stimmen verworfen. Das Ergebnis der Volksabstimmung bedeutet einen gewaltigen Erfolg der Freiheitskämpferbewegung, die namentlich ihrerseits einen Volksentscheid über eine Verfassungsänderungspolitik eigener Planung herbeiführen gedenkt. In der gleichen Weise, wie der neue Gewanke in Deutschland in nationaler, sozialistischer, in Italien, sozialistischer Prägung zum Durchbruch gelangt ist, so dürfte auch in Estland der etlichen Erneuerungsbewegung die Zukunft gebühren. R. G.

Grenzlandkündigung des Ostseebades Kolberg.

Zur Erinnerung an die Aufhebung der Belagerung Kolbergs im Jahr 1667, die 126 Jahre nach der deutschen Welt in der Stadt mit dem Namen Grenzland, Kettelsch und Wadenstein als weltbekannte nationale Feier begangen wurde, veranstaltet Ostseebad Kolberg am 2. Juli eine große Grenzland-Kundgebung für das bedrohte Ostpreußen. Diese Kundgebung, bei der voraussichtlich Ministerpräsident Brüning sprechen wird, soll zu einem maßvollen Bekenntnis zum Selbst des alten Preußenlandes ausgeartet werden. Zusätzlich dieser Kundgebung veranstaltet die Reichshauptstadt Berlin gemeinsam mit dem Ostpreußen-Reisebüro (OER) am 1. und 2. Juli eine Sonderfahrt nach Kolberg. Der Sonderzug wird am Sonntagabend, den 1. Juli, ab Berlin Bahnhof Charlottenburg um 12.35 Uhr fahren und am 18.40 Uhr in Kolberg eintreffen. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag Abend. Die Bahnkarte für die Hin- und Rückfahrt kostet nur 10,80 RM. Gleichwohl werden auf Wunsch Zusatzkarten zu einem Preis von 1,75 RM. in der Reichshauptstadt, in Ostpreußen und in Ostpreußen und Steuern sowie strengen Eintritt in allen Veranstaltungen der Kurverwaltung ausgegeben. Der Kartenverkauf hat am 28. Juni bei der Jahreskartenausgabe des Bahnhofs Charlottenburg und bei den bekannten Ausgabestellen des Ostpreußen-Reisebüros (OER) begonnen. Es ist selbstverständlich, daß jedes Mitglied des Bundes Deutscher Osten die gleiche Gelegenheit benutzt, dem Grenzland-Pommern seine Verbundenheit zu erwiesen.

liebes Hunderte von Fausttraktaten auf. Dem Brodnerer Stellvertreter Erasmünde bot der weitgeschwungene Kranz der Feuer auf dem hellleuchtenden und drüben auf dem Melkenburger Ufer für die vielen Tausende, die aus Eibek und der ganzen Umgebung herbeigekommen waren, ein unerschöpfliches Bild. Im Mittelpunkt der Sonnenwendfeier stand eine Rede des Leiters des Außenpolitischen Amtes der RSDAP, Alfred Regeberg. Ein alter Traum, koste er, sei in Erfüllung gegangen. Ein jahrhundertlanger Kampf um die Einheit sei beendet. Der Kampf könne nichts himmelstürzendes, keine Menschlichkeiten, die den Blick heute vielfach trübten: Das Volkstum und seine Ehre seien wieder hohe Werte geworden und gäben der ganzen Nation

neue Maßstäbe. Deutschland erlebe eine innere Wollendung unumgänger Art. Eine ganz neue Weltanschauung trage nun, um die Bedeutung dieses Vorganges zu erkennen und ihn in die Entwicklung einzuführen. Man könne, jede man die Dinge recht, von einem Ende des Mittelalters sprechen, das sich erst in unseren Tagen vollziehe. Dabei habe die Revolution an ihrem Anfang. Nach verlusten die Werte des gesunkenen Romismus sich zu reorganisieren und immer wieder verlusten auch Kräfte der Reaktion vorzuliegen. Gegen diese Vermählungen heiße es machsam sein, um die Stämme der nationalpolitischen Idee zu führen.

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der Bundesführer.

Der Herr Reichsminister des Innern hat mich zu meinem Vausgetragen für den Ostauschuss (Bund deutscher Ostverbände) ernannt.

Der dem Ostauschuss angehörende Memellandbund hat in seiner letzten Hauptversammlung die Angliederung an den B. D. O. grundsätzlich beschlossen.

Die bisher ebenfalls dem Ostauschuss angeschlossene Arbeitsgemeinschaft Oppreßreicher Regimentsvereine (B. D. O.) der 57 Vereine und Offiziersvereinigungen gehören, hat bereits im April ihren vorbereitenden Anschlag an den B. D. O. beschlossen und ihn nunmehr durchgeführt. In der Arbeits- und Vorgesellschaft vom 2. Juni wurde als Vorsitzender Dr. Dr. Hans Kallmann einstimmig zum Führer der B. D. O. gewählt. — Ich habe Dr. Dr. Kallmann in den Vorgesellschaft des B. D. O. berufen.

Die Baltische Arbeitsgemeinschaft, die sämtliche in Preußen arbeitenden baltischen Vereinigungen umfaßt, hat ihre Angliederung an den B. D. O. beschlossen.

Als Vertreter der gesamten Frauenarbeit im B. D. O. habe ich Pgn. Ludmire v. Brocke berufen.

Auf meinen im letzten „Ostland“ veröffentlichten Aufruf, das von unsern Schirmherren, Oberpräsident und Gouverneur Wilhelm in Ruhe, geplante „Haus Rurmark“ zu fördern, sind die ersten Spenden eingegangen. Es zeichnen:

B. D. O., Bundesführung (i. Rats)	100,— RM.
Ortsgruppe Angermünde	5,— „
Ortsgruppe Rügen	10,— „
Ortsgruppe Potsdam	20,— „
Dr. Eütke, Bundesführer	25,— „
Dr. Eütke, Hauptgeschäftsführer	10,— „
Dr. Eütke-Ehr, Adjutant	10,— „
zusammen	225,— RM.

Ich bin davon überzeugt, daß sich der gesamte B. D. O. dem Werk seines Schirmherren zur Verfügung stellen wird.

Sei Hitler!

Dr. Eütke.

Landesgruppe Schlesien.

Wie in Glinick, so sprach der hellwettertreibende Bundesführer Dr. Eütke gelegentlich seiner Oberbesichtigungsreise auch in Butzen und Oppeln in großen öffentlichen Rundungen des Bundes Deutscher Osten und der mit diesem verbundenen heimatreuen Oberbesichtigungs. An der Butzenener Rundung sprach Dr. Eütke einen Bericht über die oberbesichtigungs Grenzpole. Dr. Eütke erläuterte lebhaft in seiner Ansprache an die Riederübergang der inneren Grenzen im Reiche durch den Nationalsozialismus. Eine Grenze aber sei doch gebildet. Die im Osten, einem Landstrich, von dem nach viele Menschen glauben, daß hier alle Kultur aufhöre, doch hier Goethes vielbekanntes Wort immer noch Geltung habe, „sein von gebildeten Menschen am Ende des Reiches“. Sächsische Kultur, die (von Deutschland aus) nach Butzen und Oppeln kam, konnte Goethe freilich in Oberbesichtigung nicht erreichen. Wenn Oberbesichtigung ein Land der Bauernkultur, und wir sind glücklich darüber, daß wir eben diese erdgemauerte, bodenständige Kultur des einfachen, ungekünstelten Menschen an dieser Stelle erleben dürfen. Das schönste Beispiel dafür, daß diese Art von Kultur wirklich vorhanden ist, bietet das Butzenener Museum. Wir sind hier im Grunde kein „Land unterm Reich“, denn wir aus uns bis von innen heraus zu Vergeistigung machen, doch wir auf Vergeistigung sehen und dadurch eine Vergeistigung genießen.

Welm Ostlandabend, des Bundes Deutscher Osten, der am 12. Juni in Oppeln veranstaltet wurde, führte Dr. Eütke u. a. folgendes aus: Wenn einst von Glinick gesagt habe: „Die Kultur im Osten ist von den Polen geschaffen, nicht von den berechnenden schmalhüftigen Bauern. Lämmern.“ so könne man für viele unangehörte keine Worte finden. Hier in Oberbesichtigung mochten einst, bevor sie zu treueren Menschen. Jetzt ist die Zeit wiedergekommen, die von den Kräften des Bodens und des erdbebenden Menschen ausgehe — des

Menschen, der Hülle, daß er seinen Vorvätern durch ein festes Band der Tradition verbunden ist. In der Schaffung der inneren Werte ist der Osten dem Reich immer vorgegangen. Man habe dies oft oft gesehen. In der Schule habe man viel von Griechen und Römern gelernt, wo aber von der großen Volksmission im Osten? Wo sei geleistet worden, daß diese Sendung im Osten für ein Lebensnötigkeit ist? Das Deutschtum sei es gewesen, das dem Osten die Kultur gebracht hat. Eine bereite Sprache spreche hierfür die beim Oppeller Regierungsneubau ausgegrabene Siedlung aus dem 12. Jahrhundert. Kleine Hütten, primitives Werkzeug zeugten davon ab, daß damals von einer Kultur der Sassen nach dort geflohen waren konnte. Aber gerade zu dieser Zeit seien im Westen Deutschlands die mächtigen großen Bauwerke als Zeichen deutscher Kultur entstanden. Man habe nun in Versailles das Volk auseinanderreißen können, aber man habe die gemaltenen Zeugen nicht vernichten können, die in Butzen und Krakau und in Oberbesichtigung an die deutsche Kultur erinnerten. All das, was ein geselliger Geist ins Land gekommen sei, sei von Deutschen geschaffen worden. August der Starke habe in Butzen ein Schloss errichtet. Vor allen Dingen müsse aber der Eindruck vermieden werden, der teilweise im Westen entstanden ist, daß Oberbesichtigung nur immer mit Forderungen an das Reich komme. Zeigen wir dem ganzen deutschen Volke, so rief der Redner, die Bedeutung des Ostens von der ideellen Seite Oberbesichtigung als Kultur ein Vorzeichen und ein Schlußwort. Das aber der Deutsche in Butzen leben und wenn wieder einmal der Ruf erschallen sollte: „Volk ans Gewehr“, dann wird die ganze Nation mit Oberbesichtigung zusammenstehen. Der arme Bürger sei wohl der beste, und auch Deutschlands arme Provinz müsse wieder die beste werden. Der Geist von Butzen müsse aus wieder erwecken. Der Geist von Butzen müsse wieder der Geist der Freiheit kommen, den wir alle erheben: der Tag, an dem wir alle zusammenstehen: ein Volk, ein Führer!

Verfallungs-kalender.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Die Monatsversammlung im Juli fällt der Sommerferien wegen aus.

Ausstellung: „Grenland in Rot.“

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Münden hat in vorbildlicher Arbeit eine Ausstellung veranstaltet, die den Namen „Grenland in Rot“ trägt und für das gesamte deutsche Volk von höchster Bedeutung ist. Sie soll begreifen, daß eine solche Veranstaltung dem Gedanken der Grenzlandbewegung im deutschen Volksmassen trägt. In den 14 Jahren der Systemregierungen waren solche Ausstellungen nur schwer möglich und wurden von den Behörden ungenügend gefördert. Dem im Bund Deutscher Osten aufgegangenen früheren Deutschen Ostbund ist es trotzdem gelungen, eine Reihe größerer und kleinerer Ausstellungen in Nord- und Mitteldeutschland zu zeigen; namentlich spielten seine Oberbesichtigungs Ausstellungen in Butzen, Magdeburg, Berlin und anderen Orten eine hervorragende Rolle. In Magdeburg folgte, größte Anerkennung. Der Bund Deutscher Osten beschäftigt gerade seine Ausstellungen als mit eines der wichtigsten Mittel der Osterzeugung ausgestellt und wird vorzüglich noch im kommenden Winter mit diesem Werk hervortreten. Er begrüßt es, daß die Ausstellung „Grenland in Rot“ in der gleichen Richtung wertvolle Arbeit leistet. Die Leitung dieser bedeutenden Ausstellung hatte zur freierlichen Eröffnung in der Technischen Hochschule die Regierung eingeladen. Der Bund Deutscher Osten hat durch seinen Landesführer Hans Weer vertreten. Durch die Weitergabe des Kultusministers Schömm erhielt die Eröffnungsfest ein besonderes Gespräch.

Ebenso verdienstvoll ist eine andere Ausstellung, die im Chemischen Museum der Technischen Hochschule in Glinick am 22. Juni vom Grenzlandbund der G. S. mit einer Ansprache von Dr. v. Peers eröffnete Grenzlandausstellung. Der Eröffnungssprache folgte ein von Leiterungen begleiteter Rundgang durch die außerordentlich aufschlußreiche Ausstellung. Diese ist bis zum 2. Juli um 6—2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Dr. Eskalony's
bittere Tropfen
Weltbekannte Spezialität
die Firma
C.A. FRANK, BROMBERG
Alleinvertrieb für Ostpreußen und
DANOMIRSK KLAR
BERLIN N. O. 10 • GIG-1145

